

## SHORT NEWS

**Anders Wirtschaften, ernst gemeint**

(lm) - „Oikopolis übertrifft sich selbst“, kommentiert voller Stolz die Öko-Handelsgruppe das Ergebnis ihres zweiten Gemeinwohl-Audits. Und zitiert die Gutachterin Gitta Walchner mit der Aussage, im internationalen Vergleich liege Oikopolis „sehr, sehr hoch“. In der Tat: Mit 712 von 1.000 möglichen Punkten ist das Ergebnis substanziell besser als das von 2014, als 633 Punkte erzielt wurden. Damals hatte sich das Unternehmen als erstes in Luxemburg dem von dem alternativen Wirtschaftswissenschaftler Christian Felber entwickelten Gemeinwohl-Audit unterzogen (woxx 1295). Gegenüber der früheren Bewertung hat Oikopolis nur bei der „gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit“ Punkte eingebüßt. Dies, so das Unternehmen, weil der hohe Anteil Teilzeit arbeitender Frauen bemängelt werde - der allerdings den Wünschen der Betroffenen entspreche. Die meisten Verbesserungen hat Oikopolis beim Impact auf das gesellschaftliche Umfeld erzielt. Die „gesellschaftliche Transparenz“ wurde erhöht, indem man eine neue Produktbroschüre ausarbeitete und den Dialog mit den KundInnen suchte. Die Bewertung für „gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung“ schnellte von 40 auf 90 Prozent hoch. Laut Oikopolis hat sich in der Praxis nichts verändert, außer dass eine „neu eingeführte Software“ eine korrekte Valorisierung dieser Praxis ermöglicht hat. Einer der Punkte, auf die die woxx zurückkommen wird, sobald die detaillierte Bilanz veröffentlicht wird.

**Cattenom : manque de transparence**

(rg) - Au début du mois de février, Josée Lorsché et Henri Kox (Déi Gréng), présidents respectifs de la commission du Développement durable et de celle de l'Environnement, se sont vu refuser le caractère urgent d'une question parlementaire concernant des modifications notables des modalités d'exploitation que l'Autorité de sécurité nucléaire française venait de décider le 3 février 2017 pour des centrales équipées de réacteurs du même type que Cattenom. Ce n'est donc que cette semaine que la réponse commune des ministres de l'Environnement et de la Santé vient d'être publiée : effectivement, ces modifications permettraient de « réparer » plus facilement des défauts de corrosion des tubes qui apportent l'eau primaire des générateurs à vapeur par la pose de bouchons mécaniques. Le taux de bouchage passerait de 10 % à 18 % pour des installations âgées de plus de 30 ans. Les ministres avouent ne pas avoir été informées au préalable de ces modifications et déclarent avoir pris l'initiative de demander à la ministre Ségolène Royal une entrevue, tout en regrettant dès le départ, « vu les doutes quant à l'impact potentiel de cette modification sur la sécurité de la centrale nucléaire », l'approche peu transparente et peu proactive des autorités françaises.

**Du blé pour la transition**

(lm) - Se racheter en finançant la transition énergétique mondiale, voilà une proposition qui, au Luxembourg, enchante aussi bien les banquiers avides de nouveaux marchés que les écolos rêveurs. S'agit-il d'une panacée ou d'une fausse bonne idée ? Pour répondre à cette question, etika, Attac, Frères des hommes Luxembourg et la FNCCTFEL ont invité l'expert français Denis Dupré. La conférence, intitulée « Innover pour financer la transition énergétique », aura lieu le mercredi 22 mars à 12h15 à la salle Rheinsheim à l'Altrimenti, 5, avenue Marie-Thérèse, Luxembourg. Inscription demandée sous [events@etika.lu](mailto:events@etika.lu), notamment en raison du déjeuner sandwich-boisson offert.

## AKTUELL

## KIRCHENFABRIKEN

**Es gibt Wichtiger**

Richard Graf

Der Streit um die Abschaffung oder Neufassung der Kirchenfabriken geht in die nächste Runde

„Die katholische Kirche kündigt die mit dem Luxemburger Staat getroffene Konvention vom Januar 2015 nicht auf“. Zumindest zu dieser Frage waren die Aussagen des katholischen Generalvikars Leo Wagener bei einem kurzfristig einberufenen „point presse“ am vergangenen Mittwoch so klar wie die legendäre „Boulettes“-Zopp, die weiland im gleichnamigen katholischen Internat, unweit des heutigen Standorts der Pressestelle des Bistums, kredenzt wurde.

Am Abend davor hatte die Generalversammlung des Syndikats der Kirchenfabriken (Syfel) deutlich gemacht, dass ein Einvernehmen über die Zukunft der Kirchenfabriken unerreichbar geworden ist.

Syfel und Kirche hatten erst wieder in den letzten Wochen zusammengefunden, um über einen gemeinsamen Vorschlag in Sachen Kirchenfonds und Kirchenfabriken zu beraten. Dies, nachdem Innenminister Kersch im Januar angedeutet hatte, einem solchen Abkommen nicht im Wege stehen zu wollen, sollte es sich im Rahmen der 2015er Konvention bewegen.

Bis dahin war das Verhältnis gänzlich zerrüttet - nachdem das Syndikat den Bischof gerichtlich mit der Begründung hatte vorladen lassen, er habe sich durch seine Unterschrift unter die besagte Konvention schuldig gemacht. Noch am Tag der Übermittlung der Klageschrift ließ Bischof Jean-Claude Hollerich seinerseits die Konvention zur Finanzierung der Basilika in Echternach platzen, weil die mitunterschreibende Kirchenfabrik mit zu den Klägern gehörte. (woxx 1407).

Wie dem auch sei: Beide Parteien übermittelten dem Innenminister im Laufe der vergangenen Woche ihren Entwurf für ein Kompromissabkommen. Der erklärte jedoch, diesen nicht annehmen zu können, da er nicht mit der Konvention von Januar

Diese „Enteignung“ der Kirchenfabriken zugunsten der Kirchenfonds waren gerade sich das Syndikat davor von Anfang an zu Kompromiss hatte schenkenzeitlich angefangen vorgeseher Organisationen der Kirchenfabriken Status einer Rechtsangelegenheit, mit allen den Möglichkeiten, selbst

**Kirchenfonds ja**

Da der Minister in den Verhandlungen der Konvention traue erkennen vermochte Kompromissvorschlagen. Der Generalvikar würde auf stur schalt wortlichen, hier sei es für mehr Autonomie der Kirchenfabriken in den Gemeinden v

Allerdings grollen den Kirchenfabriken, da seit der Unterzeichnung der Konvention anders darstellt. So sei es durch die Möglichkeit einer ausdrücklichen verbale Kofinanzierung durch die Gemeinden

Auf die Erklärungen weshalb das Bistum die Konvention nicht diskutierte meinte der Generalvikar die Kirche habe Verantwortung als das Bistum berechtigt sei, seine Verantwortung über der Politik zu fügte er hinzu, es noch viele andere Möglichkeiten der Lösung der Frage

Für nächste Treffen zwischen dem Bischof und dem Innenminister. Aber selbst wenn die Konvention abgeändert werden